

Google Payments unter Beschuss: US-Behörde sieht Risiko für Verbraucher!

Die US-Aufsichtsbehörde CFPB ordnet die Aufsicht über Google Payment Corp. an, nachdem Verbraucherbeschwerden ein Risiko gemeldet haben.

Washington, D.C., USA - Am 7. Dezember 2024 wurde bekannt, dass die US-Aufsichtsbehörde für Verbraucherfinanzen, das Consumer Financial Protection Bureau (CFPB), die staatliche Aufsicht über Google Payment Corp. angeordnet hat. Diese Entscheidung folgt auf eine Klage von Google Payment Corp. selbst, die besagt, dass die Aufsichtsbehörde sich auf eine geringe Anzahl unbegründeter Beschwerden über ein bereits eingestelltes Produkt stütze. „Es ist eine Frage des gesunden Menschenverstands, dass ein nicht mehr existierendes Produkt kein solches Risiko darstellen kann“, erklärte das Unternehmen. Trotz dieser Einwände hatte das CFPB erklärt, dass die angebotenen Dienstleistungen von Google Payment ein Risiko für die Verbraucher darstellten, basierend auf fast 300 Beschwerden, die häufig Betrug, Schwindel und nicht autorisierte Transaktionen betrafen.

Regierungsüberwachung und Klage

Diese regulatorischen Schritte kommen zu einem kritischen Zeitpunkt in der letzten Phase der Präsidentschaft von Joe Biden, da das CFPB zunehmend die Finanzdienstleistungen von Tech-Unternehmen strenger überwacht. Diese Strenge könnte sich jedoch ändern, sollte der gewählte Präsident Donald Trump im Januar ins Weiße Haus zurückkehren. In der Zwischenzeit warnte das CFPB, dass Google Payment nicht ausreichend Beschwerden

zu problematischen Transaktionen untersucht habe. Trotz der Klage hat die Behörde klargemacht, dass die bestehenden Beschwerden über fehlerhafte Überweisungen und andere mögliche Verstöße weiterhin erlaubt sind, um die Aufsicht zu rechtfertigen, auch wenn Google die betreffenden Dienstleistungen bereits eingestellt hat, so **Star Advertiser**.

Die beschlossenen neuen Vorschriften, die das CFPB im vergangenen Monat erlassen hat, stellen sicher, dass Tech-Unternehmen bei der Bereitstellung von digitalen Geldbörsen und Zahlungsdiensten denselben Aufsichtspflichten unterliegen wie traditionelle Banken. Dieses Vorgehen wird als Teil einer umfassenderen Strategie gesehen, um die Verbraucher vor potenziellen Risiken in der schnell wachsenden Finanzdienstleistungsbranche zu schützen. Dies zeigt, dass die Regierung die Rolle von großen Technologieunternehmen in der Finanzwelt ernst nimmt, auch wenn diese gegen die Anordnungen rechtliche Schritte einleiten.

Details	
Vorfall	Betrug
Ort	Washington, D.C., USA
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.krone.at• www.staradvertiser.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at